Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 10

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Finanzpolitische Odysseen

1994 läuft die gegenwärtige Finanzordnung bekanntlich aus. Sie ist die Verfassungsgrundlage für die Erhebung der direkten wie der indirekten Bundessteuern, das heisst für weit mehr als die Hälfte der Einnahmen der Eidgenossenschaft. Diese Ordnung hat Mängel, die endlich bereinigt werden sollten. Das ist nun schon buchstäblich seit Jahrzehnten bekannt und wird von niemandem bestritten. Trotzdem laufen wir auf Grund der Ereignisse der jüngsten Zeit Gefahr, mit den entsprechenden Reformen nicht rechtzeitig fertig zu werden — was zur Weiterführung der geltenden Ordnung führen müsste und alles andere denn ein Ruhmesblatt für die eidgenössische Finanzpolitik darstellen würde.

Bundessteuervorlagen kommen einer Quadratur des Zirkels gleich. Sie treffen den Schweizer an seiner empfindlichsten Stelle. Und weil sie referendumspflichtig sind, wird vom abstimmungsdemokratischen Instrument der Referendumsdrohung jeweils von der ersten bis zur letzten Vorbereitungsstufe in einem Ausmass Gebrauch gemacht, das seinesgleichen sucht. Die Frage nach dem «politisch Möglichen» spielt deshalb eine mindestens ebenso gewichtige Rolle wie die auch nicht gerade simplen Sachfragen finanz-, steuer- und haushaltstechnischer Art.

Das ist auch diesmal ganz ausgeprägt der Fall. Eine wirklich zukunftsweisende Reform der Warenumsatzsteuer wäre nur durch einen Systemwandel im Sinne einer Mehrwertsteuer möglich. Das wussten die Finanzpolitiker schon anfangs der siebziger Jahre. Doch die entsprechende, sorgfältig vorbereitete Vorlage wurde vom Volk gleich zweimal, 1977 und 1979, refüsiert. Seit Anfang der achtziger Jahre waren daher Bestrebungen im Gang, die wichtigsten Retouchen in einer «kleinen Reform» zu realisieren. Der Bundesrat liess sich indessen Zeit und formulierte erst im Herbst 1987 seine konkreten Absichten. Da sie mit einer Energieabgabe gekoppelt waren, die hart umstritten wurde, gingen weitere 10 Monate ins Land, bis sich ein Konzept abzeichnete, das den nötigen Konsens zu finden schien.

Und da passierte das völlig Unerwartete: Der bis dahin unrealisierbar erscheinende Uebergang zur Mehrwertsteuer wurde plötzlich wieder zum ernsthaften Thema. Und postwendend kassierte der Bundesrat den Vorwurf mangelnden Muts und fehlender steuerpolitischer Innovationsfreude. Die am 12. September tagende Kommission des Ständerats hat diesem Trend nun Rechnung getragen und den Bundesrat beauftragt, konkrete Vorschläge für eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Das ist deswegen leichter gesagt als getan, weil die Vernehmlassungen von Parteien, Verbänden und Kantonen, welche die Option Mehrwertsteuer ausgesprochen hatten, eine Vielzahl von völlig gegensätzlichen Bedingungen damit verknüpfen.

So wird die Gefahr akut, dass sich ein Riesenbazar auftut, bei dem nur schwer ein Ende abzusehen ist. Neue Verzögerungen sind praktisch vorprogram-

miert, und damit erhält der weitverbreitete Ruf, die für den «Finanzplatz Schweiz» äusserst dringliche Stempelsteuer-Reform aus dem Gesamtpaket der Finanzvorlage herauszulösen und vordringlich zu behandeln, zusätzlich Gewicht. Doch dies wiederum hat die Sozialdemokraten postwendend veranlasst, den Drohfinger zu erheben, weil sie glauben, dass ein solches Vorgehen für ihre Basis unannehmbar wäre. Und um das Mass des finanzpolitischen Missvergnügens gänzlich vollzumachen, zeichnet sich hier immer deutlicher auch sachlich eine Zerreissprobe ab, weil einerseits der Bundesrat auf Vollkompensation der Revisionsausfälle beharrt und anderseits der von Bankiervereinigung und Steuerverwaltung ausgehandelte Kompromiss einer Teilkompensation nicht nur parteipolitisch, sondern auch innerhalb der Wirtschaft schwer umstritten ist.

Da kann man nur sagen: Hier ist guter Rat teuer!

Richard Reich

Dornenvolle Bodenpolitik

Die Bodenpreise steigen; in Ballungszentren mehr als im Landesdurchschnitt. Der von Emotionen wenig angekränkelte Ökonom sieht darin in erster Linie ein Indiz für eine zunehmende *Knappheit* auf dem Bodenmarkt. Weil das Gut «Boden» nicht homogen ist, fallen die Verknappungserscheinungen regional unterschiedlich an, mithin auch die Preisreaktionen. Wenn der Preis eines Gutes nach oben tendiert, ist dies stets ein Zeichen dafür, dass sich die Nachfrage in einem Rhythmus ausweitet, dem das Angebot offenbar nicht zu folgen vermag. Im Falle des Bodens scheint die Ursache dieser Entwicklung mit einiger Klarheit identifizierbar: die Nachfragesteigerung ist als eine Funktion des wesentlich verbesserten *Wohlstandes* zu interpretieren. Höhere reale Einkommen schlagen sich in einer «grosszügigeren» Beanspruchung von Wohnfläche — und damit auch von Boden — nieder. Das Angebot an Boden ist zwar nicht, wie immer wieder behauptet wird, völlig unelastisch; aber es hat aus verschiedenen Gründen einige Mühe, dem wohlstandsbedingten Nachfrageverhalten zu folgen; und dies natürlich vor allem in Regionen und Gegenden, die als Wohnlagen besonders begehrt sind. Kürzerfristig und regional beschränkt kann die Elastizität tatsächlich gegen Null sinken. Aus diesem Grunde ist mit einiger Sicherheit zu vermuten, dass die Eidgenossen künftig für Boden — und Wohnen — mehr werden ausgeben müssen.

Es ist dies sicherlich eine unangenehme, wenn auch kaum vermeidbare Konsequenz einer eindrücklichen Wohlstandsentwicklung bzw. einer alles in allem genommen erfolgreichen wirtschaftlichen Leistung; unangenehm insbesondere deshalb, weil sie bei den Betroffenen Anpassungen erzwingt, die auch einen sozialen Inhalt haben können. Die Menschen haben aber die Eigenschaft, den einmal erreichten Lebensstandard mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Deshalb steckt in

steigenden Bodenpreisen politische Brisanz. Wen erstaunt es deshalb, dass zahlreiche politische Vorstösse mit dem Anspruch lanciert werden, sich mit dem Boden zu befassen? Auch der Bundesrat hat ein «Multipaket» geschnürt, das u.a. eine fünfjährige *Sperrfrist* für den Verkauf von nichtlandwirtschaftlichem Boden vorsieht. Es handle sich, so wird maliziös versichert, nicht um kruden Interventionismus, sondern um eine Massnahme, mit der Zeit gewonnen werden soll, die Bodenfrage in einer mehr *grundsätzlichen Sicht* zu überdenken.

Was ist von einem solchen Vorgehen zu halten? Nicht sehr viel. Bei Lichte betrachtet wird in diesem Fall ein wenig erhebendes Schauspiel von sinnlosem bzw. kontraproduktivem politischem Aktionismus aufgeführt. Sperrfristen dieser Art restringieren nämlich das Angebot, haben also eine *preistreibende Wirkung*. Es wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was eigentlich beabsichtigt ist. Es geht um einen wirtschaftspolitischen Hüftschuss, was auch daran abgelesen werden kann, dass nicht bekannt ist, wie gross eigentlich der Bodenanteil ist, der von einer solchen Sperrfrist erfasst würde. Und wer die schweizerische Wirtschaftspolitik auch nur einigermassen kennt, wird sich kaum irgendwelche Illusionen darüber machen, dass sie sich dazu aufraffen könnte, das Problem in ordnungspolitisch korrekter Weise zu behandeln. Es wird bei Interventionen bleiben, die den individuellen Entscheidungsradius einmal mehr verkürzen und gleichzeitig problem*verschärfend* wirken. Die Prognose, dass in einer nächsten Runde der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung von Marktversagen geschwafelt wird, das als Begründung für *weitere Interventionen* herhalten muss, ist nicht sonderlich riskant.

Willy Linder

«Deutsche an einen Tisch»

Vierzig Jahre DRR: Drang nach Westen

Nichts wäre irriger als anzunehmen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland Politiker und Publizisten gäbe, die die Krise der DDR — sie zeigt sich im legal oder anders verwirklichten Willen zur Ausreise, zur «Wiedervereinigung im Westen» wie in Engpässen der Wirtschaft und wachsender technologischer Stagnation — mit Genugtuung oder als Chance begrüssten. Das Gegenteil ist der Fall.

In Gesprächsrunden kommt vor, dass Engländer oder Franzosen sich eine deutsche Einheit vorstellen können, die deutschen Gesprächspartner nicht. Gerade die Linke rechnete im Umgang mit der DDR bisher — das ändert sich jetzt — mit den «Oststaaten», der kommunistischen Herrschaft, und warnte davor, sie durch Ermutigung anderer Kräfte zu destabilisieren. Da wird von der Verantwortung gesprochen, dieses Deutschland im Osten — nach deutscher Sprachregelung, die sich an die Grenzen von 1937 hält, «Mitteldeutschland» — mit Mil-

liardenkrediten auf ein höheres Niveau zu bringen. Dann — zumal nach der fälligen Ablösung der Geronten, die fast zur Generation der chinesischen Führung gehören — könnte die Mauer «poröser» werden, die seit 28 Jahren Westberlin umgibt. Es ginge dann kaum um etwas so «hoffnungslos Überholtes» wie die Wiederherstellung eines Nationalstaates — die Welt ertrüge ihn nicht und die Deutschen wären neuen Weltmachtillusionen ausgesetzt —, sondern darum, dazu beizutragen und darauf zu hoffen, dass die DDR dem Sozialismus treu, doch eine «andere» würde, mit mehr Offenheit und Dialogbereitschaft.

Obwohl der Parteitheoretiker Professor Otto Reinhold, der zum Zentralkomitee der SED gehört, erklärt hat, warum die DDR nicht dem Beispiel von Reformen der Verbündeten folgen könne — in ihrem Fall sei Parteiräson mit Staatsräson identisch, was für Ungarn und Polen nicht zutreffe —, sind die westdeutschen Kommentare meist in einer Wenn- und Wunschform gehalten, die mehr einer Beschwörung als einer Analyse gleicht. Ein Beispiel unter Hunderten:

«*Viel* wäre *schon gewonnen, wenn die von der SED regulierte Gesellschaft ihre Probleme und Widersprüche offen und öffentlich diskutieren* könnte. Gäbe *es einen allgemeinen Diskurs über die allen bewussten Streitfragen — die DDR* hätte *weniger Kummer mit Flüchtlingen und Übersiedlern. Die meisten* besässen *endlich das Gefühl, dass ihre Sache zur Sprache* käme.» Carl-Christian Kaiser, *«Die Zeit»,* 8. September 1989.

Wer mit Millionen DDR-Bürgern am Ersten deutschen Fernsehen sah, wie brutale Stasi-Beamte die Banderolen mit der Forderung nach freiem Reiseverkehr den jungen Trägern aus der Hand rissen, wird dieser Wunschform mit Skepsis begegnen.

Die Meinung ist auch geäussert worden, dass nach Ausreise der vielleicht zehn Prozent Unzufriedenen Ruhe im Land wäre; wahr ist das Gegenteil. Es sind zu einem grossen Teil junge Qualifizierte, die wegziehen, was für die Daheimgebliebenen mehr Stress bedeutet, aber auch Neid hervorruft und Lust, es ihnen gleichzutun, wenn sie hören, dass die Ausgereisten und Ausgerissenen eine entsprechende Arbeit gefunden haben und im Urlaub an jene Strände fahren werden, von denen die übergrosse Mehrheit in der DDR ihr Leben lang nur träumen kann. Das Gefühl, eingesperrt zu sein — in einer Welt der selbstverständlichen Mobilität neben anderen materiellen und ideellen Antrieben —, das Bewusstsein der Gängelung und Entwürdigung darf nicht unterschätzt werden und ist ein starkes Motiv.

Der gut gemeinte Rat von Westdeutschen, jene, die den Wandel ersehnen, mögen doch in diesem Sinn tätig sein, verkennt die angestaute Frustrierung.

Es stimmt schon: Wenn Hunderttausende Deutsche aus dem Osten ihren oft gar nicht mit Sprachkenntnis verbundenen Anspruch auf die Einreise und den deutschen Pass geltend machen, spielt der Kontrast zwischen ihren Lebensbedingungen und dem westlichen Wohlstand eine Rolle. Doch damit die tief verwurzelten Schwaben und Sachsen aus Rumänien in ein ihnen fremdes Deutschland «heimkehren», musste ihnen das Dortbleiben durch Schikanen und mehr als das unerträglich gemacht werden. Das Recht auf Rückkehr, das Israel seit Jahren viel weniger Einwanderer bringt, als erhofft wurde, bringt der Bundesrepublik deren viel mehr als erwartet und schafft

Spannungen, die bereits in die Nähe des «Asylantenproblems» führen.

Im Ostblock war die DDR immer noch die stärkste Wirtschaftskraft, fern vom desolaten Zustand, der die polnischen, die ungarischen Kommunisten motiviert hat, auf ihr Machtmonopol zu verzichten. Deshalb sind die genannten Länder keine Vorbilder; das gleiche gilt für die sowjetische Perestroika. Doch fällt es der auf Export angewiesenen DDR immer schwerer, hochwertige Güter anzubieten. Der Handel mit der Sowjetunion ist der wichtigste, doch auch hier sind die Ansprüche gestiegen, die Leistungen zurückgefallen.

Steffen Uhlmann, der bis Anfang dieses Jahres Wirtschaftsredaktor der *«Neuen Berliner Illustrierten»* in Ostberlin war, schreibt:

«Es fehlt an Geld für den Kauf moderner Technik und für Investitionen. Dringend notwendige Rekonstruktionen und Modernisierungen mussten gestrichen bzw. aufgeschoben werden. Das Land lebt vom Eingemachten.» (*«Süddeutsche Zeitung»,* 2. September 1989).

In wenigen Jahren ist der technische Abstand zwischen den beiden deutschen Staaten sprunghaft gestiegen und gilt als nicht mehr einholbar.

Die Frage wird manchmal gestellt, warum insgesamt eine Opposition, die nach Reformen drängt, kaum besteht. Untertanengeist ist das nicht, denn es wird freier gesprochen, auch geschrieben als bisher. Christoph Heins Stück *«Die Ritter der Tafelrunde»* — in *«Sinn und Form»* von Juli/August erschienen (auch bei Luchterhand), zeigt vergreiste Gralsritter, die um einen morsch gewordenen Tisch sitzen. Artus fragt seinen Sohn Mordred, ob er den Tisch erhalten werde. Dessen Antwort: *«Ich werde ihn ins Museum schaffen!»* Artus: *«Ich habe Angst, du wirst viel zerstören.»* Mordred: *«Ja, Vater.»*

Kann ein Generationenwechsel innerhalb der Nomenklatura den Wandel bringen? Von den heute als wahrscheinlich geltenden Nachfolgern ist es nicht zu erhoffen. Allerdings wurde auch Gorbatschow nicht erwartet. Doch wo es im Osten zu Reformen kam, haben sich Nichtkommunisten als unentbehrlich erwiesen; in Polen und Ungarn sind sie die grosse Mehrheit.

Wenn die Bürger der DDR einen Staat wünschen, der in bezug auf Freiheiten der Bundesrepublik ähnlicher würde, so lebt die SED vom Unterschied, kann nur herrschen oder untergehen — und mit ihr der zweite deutsche Staat.

Der Umstand, dass ein solcher Vorgang den Westdeutschen und ihren Verbündeten höchst unwillkommen wäre, genügt nicht, um diese Perspektive auszuschliessen. Unter den so reichlich beredeten Möglichkeiten sollte diese nicht tabuisiert werden. Schliesslich möchte keiner jener Bundesbürger, die den 17 Millionen Deutschen drüben zureden, im höheren europäischen Interesse das nunmehr vierzig Jahre bestehende und jetzt weniger selbstsichere Regime zu ertragen, selber unter ihm leben.

François Bondy